

ABGEORDNETE

„Das gibt Krieg“

Das innerparteiliche Gerangel um aussichtsreiche Startpositionen für die Bundestagswahl 2002 hat begonnen. Weil das Parlament schrumpft, toben die Machtkämpfe besonders heftig.

Eigentlich haben die in Kassel allen Grund, stolz auf ihren Hans zu sein. Hat sich doch einer von ihnen, ein spröder Nordhesse, im Computer-Tempo vom Buchhaltertyp zum weltweit geachteten Finanzpolitiker emporgerechnet.

Doch in Berlin oder sonst wo mag Hans Eichel reüssieren, wie er will, daheim in Kassel heißt der siegreiche Volksvertreter Gerhard Rübenkönig. Als dem direkt ge-

im gleichen Maße. Als Faustregel gilt: Eine Position weit vorn auf einer Landesliste ist der Königsweg in den kleinen Parteien. In den großen richten sich dagegen die Begehrlichkeiten zuerst auf einen Wahlkreis.

Pech für die Aspiranten, wenn jetzt ein Revier wegfällt – wie in Frankfurt am Main. In der Hessen-Metropole werden aus drei Wahlkreisen zwei, und schon prallen die Kandidaten parteiintern aufeinander. Obwohl die SPD-Abgeordnete Gudrun Schaich-Walch als auch ihr Kollege Klaus Wiesehügel fordern den neuen Wahlbezirk Frankfurt I, der große Teile ihrer bisherigen Territorien umfasst, für sich.

Gute Gründe haben beide, sie spielen politisch in der ersten Liga. Schaich-Walch amtiert seit der Kabinettsumbildung vom Januar als Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium. Wiesehügel repräsentiert als Bundesvorsitzender der Bauergewerkschaft starke Kräfte des linken Parteiflügels. Führende Sozialdemokraten haben den Gewerkschafter erst 1998 für den Bundestag angeworben. „Nun lasse ich mich nicht einfach weg-schicken“, bollert Wiesehügel.

Schaich-Walch kontert: „Das gibt Krieg.“

Fast die Hälfte der jetzt entfallenden Wahlkreise geht in den neuen Ländern verloren. Das liegt daran, dass die Anzahl der Einwohner mit deutschem Pass die wichtigste Kennziffer bei der politischen Revierbildung ist. Der bundesweite Durchschnittswert von 250 000 Staatsbürgern pro Bezirk darf um höchstens 25 Prozent über- oder unterschritten werden. Weil die ostdeutsche Bevölkerung schrumpft, muss sich auch die Anzahl ihrer Volksvertreter verringern.

Der baden-württembergische SPD-Abgeordnete Harald Friese, der die neue politische Landkarte mitgestaltet hat, sieht im Osten nun „brutale Konsequenzen“.

Plenarsitzung im Reichstag
„Man hat mich gerufen“

Aus seiner Sicht geht die im Februar 1998 beschlossene Verkleinerung zu weit: „Für die Arbeit in Berlin sind die 598 Leute wahrscheinlich genug, aber in den neuen Ländern verschwindet ein wichtiges Stück politischer Repräsentanz vor Ort.“

Gleich 4 ihrer bisher 21 Direktmandate büßen die Sachsen ein. Im schwarzen Erzgebirge muss deshalb der Ingenieur Günter Baumann gegen seinen Unionsfreund und Berufskollegen Wolfgang Dehnel antreten. Dehnel, der schon dem ersten gesamtdeutschen Bundestag 1990 angehörte, hat zwar ältere Rechte. Aber Baumann zeigt sich kämpferisch. „Man hat mich gerufen, da kann ich jetzt beim besten Willen nicht aufhören“, betont er. Außerdem habe er 1998 ohne Not den Posten als Bürgermeister seines Heimatstädtchens Jöhstadt aufgegeben.

Um eine diskrete Einigung sind die CDU-Promis in der sächsischen Landeshauptstadt bemüht. Weil ein Wahlbezirk im Dresdner Umland aufgeteilt wird, richten sich die begehrlichen Blicke des Abgeordneten Rainer Jork auf das Territorium seines Dresdner Nachbarn Arnold Vaatz. Um offenen Streit zu vermeiden, sagt der ehemalige sächsische Umweltminister und führende Reformler der Ost-Union Vaatz, habe er mit Jork „strenges Stillschweigen über diese Angelegenheit“ vereinbart.



SPD-Kontrahenten Rübenkönig, Eichel: „Ich trete an“

wählten SPD-Bundestagsabgeordneten zu Ohren kam, der Minister wolle ihm seinen Wahlkreis abluchsen, schaltete Rübenkönig auf stur: „Ich trete 2002 wieder an.“

Es ist Wahlkampfzeit. Überall in Deutschland sind innerparteiliche Machtkämpfe um chancenreiche Kandidatenplätze für den nächsten Bundestag entbrannt. Wer vom Herbst kommenden Jahres an Strippen und Strippchen im Berliner Reichstag ziehen darf, wird vielerorts schon heute ausgekungelt.

Die vor jeder Wahl üblichen Rangeleien beginnen diesmal besonders früh und beinhaltet, weil sich das Parlament eine freiwillige Schrumpfkur verordnet hat. Der nächste Deutsche Bundestag wird deutlich kleiner sein als seine Vorgänger: Die Anzahl der Volksvertreter soll, so haben es die Abgeordneten noch zu Zeiten der Regierung von Kanzler Helmut Kohl beschlossen, von 656 auf 598 zurückgehen.

Auf beiden Wegen, die ins Hohe Haus führen, ist deshalb das Gedrängel so dicht wie lange nicht mehr. Nicht nur die Anzahl der Wahlkreise schrumpft um neun Prozent, auch die Listenplätze verringern sich



Im benachbarten Thüringen rasseln die SPD-Abgeordneten aus Weimar und aus Jena aneinander, weil ihre Bezirke zwangsvereinigt werden. Der Weimarer Theologe Edelbert Richter will nur dann zurückziehen, „wenn wir in irgendeiner Weise einen Ersatz für mich finden“. Die Fronten sind für Richter klar: Sein Konkurrent, der thüringische SPD-Chef Christoph Matschie, werde „eher den Landesvorsitz aufgeben als das Bundestagsmandat“.

Auch für die Grünen, die mit den DDR-Bürgerrechtlern vom Bündnis 90 fusioniert haben, wird künftig höchstens noch eine Hand voll Ostdeutscher nach Berlin ziehen. Bundesschatzmeister Dietmar Strehl hat schon verschiedene Szenarien ausgetüftelt, welche Wahlergebnisse 2002 wie viele Mandate über die Landeslisten einbringen.

Würde etwa das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 exakt wiederholt (Grüne bei 6,7 Prozent), verlöre die Ökopartei insgesamt zwar lediglich 4 ihrer bisher 47 Sitze. Aber: Bis auf ein sicheres Mandat aus Sachsen wären die vier weiteren ostdeutschen Listenplätze nur knapp bestätigt. Ein deutlicher Zuwachs der PDS zu Lasten der Grünen würde 2002 diese Posten auffressen.

Besorgte grüne Mandatsträger aus der ganzen Republik haben sich bereits informieren lassen, wie ihre Chancen stehen. In dem aktuellen Strehl-Szenario, das auf Umfragedaten vom vergangenen Monat beruht (Grüne bei 6,5 Prozent), erzielt die kleine Regierungspartei nur noch 41 Sitze.

Besonders hart umkämpft sind die aussichtsreichen Positionen für grüne Männer

Falscher Elan

Die SPD wirbt für eine Verlängerung der Legislaturperiode des Bundestags auf fünf Jahre.

Der Aufrührer war längst in den Osterurlaub entschwunden, als die Parteien erkannten, dass er ihnen ein dickes Ei ins Nest gelegt hatte. „Ein wichtiges Vorhaben ist die Verlängerung der Wahlperiode des Deutschen Bundestags auf fünf Jahre“, beschied der Chef der SPD-Fraktion im Bundestag, Peter Struck, die Vorsitzenden der anderen Parlamentsfraktionen zu Beginn der Karwoche. Zugleich forderte er die Kollegen zu einem Gedankenaustausch in dieser Sache „Anfang Mai“ auf.

Damit alle kapierten, wie man riskolos mehr Demokratie wagt, legte Struck seinem Brief den Beschluss des SPD-Parteivorstands zum „Ausbau der Beteiligungsrechte“ der Bürger bei – als hätten die anderen nicht alle selbst solche Papiere.

Strucks Vorschlag klingt revolutionärer, als er ist: 11 von 16 Bundesländern wählen bereits im Fünf-Jahre-Rhythmus. Und das Europaparlament amtiert seit 1979 jeweils für diese Zeitspanne.

Die Begründung für die längere Legislaturperiode leuchtet ein: Sie biete mehr Zeit für effektive, nicht vom scheelen Blick auf die nächste Wahl getriebene Arbeit. Warum also nicht auf Bundesebene?

Eigentlich ist auch die CDU dafür, will es jetzt nur nicht so recht bekennen. Generalsekretär Laurenz Meyer bekundete „keine grundsätzliche Ablehnung“ des Struck-Vorschlags. Im Prinzip ja, so die Haltung der Christdemokraten – aber ohne die von der SPD gleichzeitig geforderte Einführung „plebiszitärer Elemente auf Bundesebene“, wie Struck den Kollegen Fraktionsvorsitzenden in seinem Schreiben vorformulierte.

Ein solches Junktim wollen auch der grüne Koalitionspartner und die oppositionellen Freien Demokraten. Kritiker indes halten diese Verbindung für Augenwischerei.

„Das tatsächliche Problem wird in dieser Diskussion nicht einmal gestreift: Der Wähler hat in unserer Zuschauerdemokratie sowieso viel zu wenig zu sagen, und jetzt soll er auch noch seltener sein Parlament wählen dürfen“, stichelt der Verwaltungsrechtler und Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim.

Zwar hält auch Arnim eine Verlängerung der Wahlperiode im Grunde für sinnvoll. Aber nicht als ersten Reformschritt. Denn der Stärke allein die politische Klasse, nicht aber die Macht der Bürger. Zunächst, fordert Arnim, sollten die Parteien ihre intern erstellten Kandidatenlisten für die Bundestagswahl in den einzelnen Bundesländern abschaffen.

Seit Jahrzehnten klagen Politiker wie die Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und sein Nachfolger Roman Herzog, die Hinterzimmer-Kungeleien bei der Vorauswahl der Volksvertreter, die über die Landeslisten und nicht über ein Direktmandat ins Parlament einrücken, beeinträchtigen die Bürger in ihrer Möglichkeit, das gewünschte politische Personal direkt auszusuchen.

Doch daran wollen die Sozialdemokraten bisher so wenig ändern wie alle anderen Parteien. Und vom Kumulieren und Panaschieren – jener komplizierten Wahltechnik, die es dem Wähler erlaubt, von den Listen abzuweichen – ist in Strucks Vorstoß schon gar nicht die Rede.

Dabei haben einige Länder den Wählern längst eingeräumt, bei Kommunalwahlen ihre Stimmen entweder konzentriert auf einen Kandidaten zu häufeln oder sie nach Gusto auf mehrere Listen zu verteilen.

„Wenn es tatsächlich um mehr Demokratie geht, darum also, politische Erbhöfe abzutragen, hört der Drang der Parteien regelmäßig auf“, spottet Arnim.

Ob der Vorstoß des Sozialdemokraten Struck für eine verlängerte Bundestagsperiode konsensfähig ist, steht dahin: Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden. Und das geht nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. So viel Gemeinsamkeit scheint vorerst unwahrscheinlich: Im nächsten Jahr wird gewählt. RÜDIGER SCHEIDGES

Schlankheitskur fürs Parlament

	WAHLKREISE	MANDATE
1987 – letzte Bundestagswahl vor der Wiedervereinigung	248	518*
1998 – gesamtdeutsche Bundestagswahl	328	656*
Wahlkreisreform 2002	299	598

*ohne Überhangmandate, 1987 mit West-Berliner Abgeordneten

DER SPIEGEL



H.-G. OED



Metzger



Schlauch

C. MATHES / CARO (L.); W. LANGENSTRASSEN (R.)



Özdemir



Kuhn

W. SCHUERING(L.), M.-S. UNGER (R.)

Grüne Kontrahenten

„Es wird zwei Verlierer geben“

in Baden-Württemberg – denn selbst bei einem guten Wahlergebnis geht ein Platz für sie verloren. Die vier bisherigen männlichen Abgeordneten – Rezzo Schlauch, Winfried Hermann, Cem Özdemir und Oswald Metzger – streben alle wieder nach Berlin; der aus dem Ländle stammende Bundesvorsitzende Fritz Kuhn will wohl ebenfalls in seiner Heimat kandidieren.

Wirtschaftsexperte Metzger, der 1994 und 1998 auf dem künftig fast aussichtslosen Listenplatz acht in den Bundestag einzog, kündigt schon an: „Ich werde diesmal weiter oben antreten.“ Eine Einigung im Vorfeld hält Metzger für unwahrscheinlich: „Es wird zwei Verlierer geben.“

Der grüne Jungstar Matthias Berninger, Parlamentarischer Staatssekretär im Verbraucherministerium, sieht die kipplige Lage vor allem als Ansporn. Der Hesse ist die Nummer vier auf der Landesliste, eine Position, die 2002 ebenfalls riskant wird. „Fällt der vierte Listenplatz, haben wir eben keine gute Politik gemacht“, sagt Berninger als guter grüner Realissimo.

Für Finanzminister Hans Eichel ist der interne Wahlkampf nach den ersten Vorstößen Richtung Kassel noch nicht beendet. Die SPD-Regularien schreiben vor, dass nur der sich auf der Landesliste absichern kann, der auch in einem Wahlkreis kandidiert. Deshalb werde Eichel, sagt dessen Berater Klaus-Peter Schmidt-Deguella, mit dem renitenten Wahlkreis-Inhaber Rübenkönig „noch ein Gespräch führen“.

Und wenn das nichts bringe, dann würde sich Eichel eben doch oben auf die Liste setzen lassen – auch ohne Wahlkreis. Die Beschlusslage der SPD, sagt Schmidt-Deguella, würde „dann eben geändert“.

DIETMAR PIEPER